

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 40. Beiratssitzung am 21.02.2023
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:50 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder
M. Wolter, N. Heide, U. Appel, Werner Müller, M. Pacaci–
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, I. Eylers –
U. Schnaubelt, E. Friesen –
P. Heereman –
R. Tegtmeier–
H. Rühl–

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll: Frau Sabine Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Kristina Maier (Amt für Soziale Dienste)
Larissa Krümpfer (AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH)
Bettina Hesse (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und
Wohnungsbau)
Michael Bürger (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und
Wohnungsbau)
Rick Graue (Amt für Straßen und Verkehr)
Bettina Wegner und Manfred Meyer (Stiftung Friedehorst)
Christoph Theiling (p+t planung)

*

Herr Boehlke eröffnet die 40. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Orsamtes fristgerecht verschickt.

Änderungen liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 31.01.2023

Der Entwurf des Protokolls wurde den Beiratsmitgliedern vorab zugesandt.

Herr Rühl möchte die Fragen und Antworten zum Erbbauzins korrekter formuliert haben. Er möchte den Beschluss daher aussetzen. Er wird dem Ortsamt eine Mail mit seinen Änderungswünschen übersenden.

Beschluss:

Der Beirat verständigt sich darauf, das Protokoll in der kommenden Beiratssitzung zu genehmigen.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Der Elternbeirat der Grundschule Grambke möchte sich nach dem (nicht vorhandenen) Fortschritt der geplanten Baumaßnahmen an der Grundschule erkundigen:

- Im Januar sollte der Bau eines Bolzplatzes beginnen (Ankündigung aus der Sitzung Bildung im Dezember)
- Die Sanierungsarbeiten für die Unterbringung der zusätzlichen Klasse ab August sollten zeitnah beginnen (Ergebnis der Begehung am 10.01.)
- Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung im Gebäude vorne an der Straße sollte geklärt werden (wird dringend als Lagerraum benötigt) (Ergebnis der Begehung am 10.01.)

TOP 3: Budget der offenen Jugendarbeit für 2023

Herr Boehlke begrüßt Frau Kristina Maier (Amt für Soziale Dienste) und Frau Larissa Krümpfer (AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH).

Herr Boehlke erläutert den Anwesenden zunächst, weshalb der Beirat heute beteiligt wird: Gemäß § 10, Absatz 2 Nr. 1 OBG entscheidet der Beirat im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen über die Planungen für Mittel der Kinder- und Jugendförderung. In der Vergangenheit habe es immer einen Vorab-Beschluss des Controlling Ausschusses und im Anschluss eine formale Bestätigung durch den Beirat gegeben, verbunden mit der Information, wie viel Mittel für was in den einzelnen Einrichtungen beantragt und verwendet wurden.

Es folgt die Vorstellung von Frau Maier und ein allgemeiner Hinweis zur Mittelverteilung durch das Amt für Soziale Dienste.

Frau Maier stellt die Zuwendungsplanung für 2023 in Zahlen vor (s. Anlage 1).

Frau Krümpfer erläutert, dass für alle Einrichtungen mehr Geld beantragt wurde. Bei der Planung sei man noch davon ausgegangen, dass die Energiekosten deutlich erhöht werden müssen. Nun ist der Winter nicht so hart geworden, bei der Mittelverwendung wird man schauen, wie es sich weiterentwickelt. Es gab einige personelle Veränderungen. Die Belastungen der Kollegen in den Einrichtungen sorgen an manchen Stellen dafür, dass unter der Situation gelitten werde, längere Ausfallzeiten entstanden seien, Erkrankungen zugenommen haben. Eine Kollegin, Frau Kersting, verlässt leider die Einrichtung im Fockengrund. Die Stelle wurde ausgeschrieben. In den Häusern sei ein hohes Gewaltpotential von Seiten der Jugendlichen entstanden, auch von Jüngeren, dass man vorher so nicht gekannt habe. Eventuell hat sich die Situation durch Corona noch verschärft.

Frau Krümpfer berichtet weiterhin, dass viele von den Jugendlichen, die in die Einrichtungen kommen, motiviert werden müssen, eine Ausbildung zu beginnen oder einen Schulabschluss zu absolvieren. Die schlechte Finanzierung der offenen Jugendarbeit und die Versäumnisse in den letzten Jahren fallen nun den Einrichtungen auf die Füße.

Daher würde man sich freuen, gesondert in einen Sozialausschuss des Beirates eingeladen zu werden, um mehr Zeit zum Besprechen der Situation zu haben.

Frau Maier stellt die Zahlen aus dem Integrationsbudget 2023 vor (s. Anlage 2).

Frau Krümpfer ergänzt die Ausführungen von Frau Maier zum Verständnis: Das Gebäude Jugendclub Fockengrund gehöre der Vonovia, deshalb werde die Miete dort gesondert aufgeführt. Die anderen Gebäude der Jugendclubs gehören Immobilien Bremen. Überwiegend werde das Budget für feste Personalkosten und Miete verwendet.

Mit dem verbleibenden Budget werden hauptsächlich Übungsleiter*innen finanziert.

Frau Lürßen bedauert den Weggang von Frau Kersting. Sie fragt nach den Öffnungszeiten, ob diese zurzeit im Fockengrund eingeschränkt seien. Sie erkundigt sich auch, ob die Mädchengruppen sich noch treffen.

Der Leiter des Jugendclubs Fockengrund antwortet, dass von Montag bis Donnerstag von 14.30 Uhr bis 19.30 Uhr die Einrichtung geöffnet sei, am Freitag geschlossen. Dafür ist das Ups Marßel freitags geöffnet. Die Mädchengruppen laufen sehr gut und werden sehr gut angenommen.

Frau Krümpfer ergänzt, dass Freiwilligendienstleistende den Jugendclub Fockengrund und das Jugendzentrum Burglesum unterstützen und dort gezielte Angebote mit Jugendlichen für ca. 25 Stunden in der Woche machen. Das läuft seit 1,5 Jahren und soll auch zukünftig weiterlaufen.

Herr Heereman fragt, ob es im Fockengrund keine städtische Immobilie gibt, weil dann das Budget nicht mit Miete belastet wird.

Frau Krümpfer antwortet, dass die Miete rund 4.000 Euro im Jahr beträgt, dass würde beim Budget aber nicht entscheidend für eine Verbesserung sorgen. Eine Immobilie die geeignet wäre, gebe es dort aber ohnehin nicht.

Herr Rühl möchte Beispiele für Integrationsarbeit in den Jugendeinrichtungen genannt haben. Er möchte konkret wissen, was mit dem finanziellen Mitteln für die Integrationsarbeit gemacht werde.

Frau Wörmann vom JZ Burglesum teilt mit, dass Unterstützung bei den Hausaufgaben angeboten werde, die Jugendlichen einen fairen und respektvollen Umgang miteinander lernen. Ziel sei es, zu lernen, sich in der Gesellschaft zu integrieren. Herr Lilic aus dem Ups Marßel ergänzt, dass eine Übungsleiterin im letzten Jahr einen Flyer erstellt hat; es werde ein Angebot gemacht für russische und ukrainische junge Frauen. Seit Januar gebe es das Angebot des kulinarischen Koches mit Übungsleiterin für Mädchen und Jungen zusammen. Sie kaufen ein und kochen gemeinsam.

Frau Wolter dankt allen Mitarbeiter*innen der Einrichtungen für Ihre hervorragende Arbeit. Sie fragt, was bei der Suche nach Ausbildungsplätzen noch helfen würde, was man noch anbieten könne, um junge Menschen zur Ausbildung zu motivieren. Sie möchte auch wissen, wie Öffnungszeiten am Wochenende angenommen werden würden.

Frau Krümpfer antwortet zur Wochenendöffnung, dass es klar sei, wenn die Türen auf wären, wären auch Jugendliche da. Diejenigen, die die Einrichtungen aufsuchen, haben meist keine anderen geordneten Freizeitaktivitäten. Sie weist darauf hin, dass es eine Fachkraftmangelsituation gebe. Fachkräfte können sich die Arbeitsplätze aussuchen und die Bedingungen bestimmen. Ein großes Problem sei es aktuell, das von der AWO nicht die gleichen Bedingungen geboten werden können wie vom öffentlichen Dienst. Die Rahmenbedingungen bei der AWO sind schlechter, z.B. bei der betrieblichen Altersvorsorge, Jobticket, Fortbildungen etc. Diese werden nicht finanziert. Daher stoße man manchmal an die Grenzen des Machbaren. Die Rahmenbedingen müssten geändert werden, um Wochenendarbeit attraktiv zu machen.

Im Fockengrund haben die Jugendlichen sich für die Zukunft eine Wochenendöffnung gewünscht. Im Jugendzentrum Burglesum seien zurzeit 50 bis 80 Jugendliche jeden Tag vor Ort, die Betreuung läuft mit zwei Stellen. Die Zeit müsse gut eingeteilt werden. Mehr Personal

wäre natürlich wünschenswert, um allem Gerecht zu werden.

Herr Müller bietet nach Ostern die Tagung des Sozialausschusses an, zur Beratung, wie Gewaltprävention in der offenen Jugendarbeit stattfinden kann. Er merkt an, dass in den Jugendeinrichtungen und Sportvereinen wertvolle Integrationsarbeit geleistet werde. Integration ergibt sich allein schon aus dem miteinander, die Einrichtungen seien dafür von großer Bedeutung.

Herr Tegmeier findet ebenso, dass man etwas gegen die zunehmenden Aggressionen tun muss, auch um die Jugendlichen, die sich nicht daran beteiligen, zu schützen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum stimmt der Mittelvergabe für die offene Jugendarbeit in 2023 in Höhe von 432.369,16 Euro zu.

Der Beirat erwartet für die kommenden Jahre eine deutliche Erhöhung des Budgets für eine auskömmliche offene Jugendarbeit im Stadtteil. Wie wichtig die Arbeit in den Jugendeinrichtungen ist und welche negativen Auswirkungen entstehen, wenn diese wegfällt, wurde besonders durch die Corona-Pandemie sehr deutlich.

Zukünftige Budgeterhöhungen dürfen daher nicht nur die steigenden Kosten bei Personal und bei der Infrastruktur decken, sondern müssen so erfolgen, dass dadurch die pädagogische Arbeit vor Ort spürbar und bedarfsgerecht ausgebaut werden kann.

TOP 4: Vorstellung der Wegeverbindung am Grambker See / Alternative zur bisherigen Brückenverbindung

Herr Boehlke begrüßt Frau Bettina Hesse und Herrn Michael Bürger (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau) sowie online Herrn Rick Graue (Amt für Straßen und Verkehr).

Herr Boehlke fasst den Sachverhalt nochmals zusammen:

- Die Brücke ist seit Dezember 2021 aufgrund mangelnder Verkehrssicherheit gesperrt.
- Im Februar 2022 wurde über einen möglichen Ersatzneubau im Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus beraten.
- In den letzten 12 Monaten gab es unterschiedliche Alternativideen zur Holzbrücke, wie zum Beispiel eine Pontonbrücke.
- Diese Ideen wurden intensiv beim ASV erörtert, aber keine der Maßnahmen lässt sich schnell und einfach umsetzen.
- Gleichzeitig wurde durch die, auch phasenweise sehr emotional geführte Debatte um die Brücke allen sehr deutlich, dass eine alternative kurze Wege-Verbindung für die Bürger*innen vor Ort sehr wichtig ist.

Das Umweltressort habe demnach einen Alternativvorschlag erarbeitet: Eine Wegeverbindung, die nur etwas länger als die Verbindung über die Brücke ist, wäre darüber hinaus schneller realisierbar, aber auch kostengünstiger in der Herstellung und Unterhaltung.

Herr Boehlke gibt einen Hinweis auf einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und GRÜNE zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Hesse stellt den Alternativvorschlag vor (siehe Präsentation Anlage 2):

Herr Hornhues bemerkt, er sei ernüchtert vom Vortrag. Der Beirat möchte heute einen

Beschluss fassen. Er bittet um Aufklärung, wie es aussieht mit der bestehenden Brücke. Es gebe hierzu alternative Planungen, da er noch eine Erläuterung erwartet wird, das jetzt mit den Arbeiten begonnen werden kann. Der Beirat möchte, dass verschiedene Möglichkeiten vom Ressort verglichen werden, damit dann entschieden werden kann.

Frau Hesse erläutert, dass mehrere Vorschläge geprüft worden seien: ein ersatzloser Rückbau, ein Ersatzneubau mit Gründung im Wasser und eine Pontonbrücke.

Herr Graue schildert dem Beirat die Varianten.

Zunächst habe man ein klassisches Brückenbauwerk untersucht mit Unterstützung im Gewässer, das wurde schnell verworfen, da es als Einzelbauwerk enorme Kosten verursacht hätte. Wobei die Kosten die eine Sache seien. Es werden diverse Baugeräte benötigt, relativ viel Bäume müssten entnommen werden und von beiden Seiten Bauzufahrten errichtet werden. Auch das Verfahren wäre sehr langwierig, Entwurfsplanung, Genehmigungsverfahren etc. Ein weiteres Problem sei, dass das Amt für Straßen und Verkehr noch weitere Brücken betreut, die große Sorgen machen und Priorität haben. Man könne hier aus personellen Gründen nicht so ganz zeitnah etwas realisieren.

Der Vorschlag mit der Pontonlösung ergab unterschiedliche Fragestellungen. Es handle sich nicht um ein Regelbauwerk.

Das grundsätzliche Problem mit Pontonbrücken sei, dass diese keine bauaufsichtliche Zulassung besitzen und somit nicht „einfach so“ durch eine öffentliche Verwaltung als öffentliche Bauwerke hergestellt werden können. Der Einsatz würde die komplette Erlangung der Zulassung (im Einzelfall) durch das Amt für Straßen und Verkehr erfordern, wozu u.a. umfangreiche statische Nachweise und Materialprüfungen erforderlich wären. Insbesondere erfordere diese jedoch die fachliche Expertise des Amtes für Straßen und Verkehr mit dieser Bauweise, da wir diese Genehmigung erteilen müssten.

Neben den Anschaffungskosten seien auch die Unterhaltungs- und Prüfkosten zu berücksichtigen. Aufgrund der dauerhaft schwimmenden Lage sei mit entsprechenden korrosionsbedingten Schäden bzw. Korrosionsschutzmaßnahmen zu rechnen. Darüber hinaus entstände, abgesehen von den fehlenden Regelungen für die Brückenprüfungen, ein deutlich höherer Aufwand bei den turnusmäßig erforderlichen Brückenprüfungen, bei denen gegebenenfalls auch unterwasserseitige Prüfungen oder die temporäre Demontage zwecks Prüfung erforderlich werden würden. Es müsse auch ein Bodengutachten erstellt werden, die Herstellung des Fundamentes für die Zugangsbrücke und erforderliche Genehmigungen. Die zunächst gering erscheinenden Anschaffungskosten erhöhen sich somit deutlich durch die erforderliche Zulassung sowie durch die hohen laufenden Kosten, sodass diese Variante nicht als wirtschaftlich angesehen werden könne.

Die fachliche Zulassung könne nicht durch das Amt für Straßen und Verkehr bewerkstelligt werden.

Herr Heereman stellt die Frage, wie die Einschätzung der Betreiber des Grambker Seebades sei.

Herr Kanje, Sprecher Grambker Seebad, teilt mit, dass eine kurzfristige Lösung angestrebt werde. Leider wird der Bau einer Wegeverbindung auch bis in das Jahr 2024 dauern, aber das wäre wohl nicht zu vermeiden. Er gibt zu bedenken, dass das Seebad profitiert, dass es sehr grün in der Umgebung ist. Man mache sich Sorgen, dass ein massiver Kahlschlag dem Charakter des Seebades schaden könne. Er befürchtet, dass der ungehinderte Zugang zum See möglich werden könne, und fragt sich, wie das haftungsrechtlich wäre. Eventuell müsste für zusätzliche Zäune noch einiges an Geld zusätzlich ausgegeben werden. Die Wegelösung scheine sich nicht so sehr vom Brückenbau zu unterscheiden. Die Strecke an der Bahnlinie werde zurzeit als Lagerfläche genutzt. Es wäre unglücklich, wenn mehr als zwei Meter für den Weg beansprucht werden. Baubetrieb während der vier Monate dauernden Badesaison

ginge nicht, da würde man zu viele Einnahmen verlieren. Er würde es begrüßen, wenn trotz Wegeverbindung wieder eine Brücke hergestellt werden würde.

Herr Heereman würde heute nur sehr ungern abstimmen, weil keine Einzelmaße in den heutigen Plänen genannt wurden. Er habe Bedenken, dass einige Personen kein Geld mehr für den Eintritt aufwenden werden, wenn sie eventuell durch die neue Wegeverbindung auch Zugang zum Wasser haben würden. Er sei massiv desillusioniert, das Bremen nicht in der Lage sei, eine Pontonbrücke in Erwägung zu ziehen. Die Behörde scheint ihm überfordert.

Herr Boehlke teilt mit, dass Frau Hesse die Detailplanung noch im Beirat vorstellen werde. Herr Graue habe in seiner Ausführung deutlich gemacht, dass derzeit, unabhängig von allem, ein Schwerpunkt gesetzt werden müsse, welche Brückenbauwerke in der Stadt zuerst errichtet bzw. saniert werden. Hier müsse das ASV eine Priorität nach Frequentierung und Verkehrsbedeutung vornehmen, hier hätte die Brücke über den Grambker See eine geringere Priorität. Es gebe daher keine realistische Chance, zeitnah eine Wegeverbindung in Form einer Brücke zu errichten. Gewollt wird aber doch eine schnelle Lösung für die Bürger.

Herr Heereman bemerkt, dass es damals hieß, die Kosten für eine neue Brücke belaufen sich auf 200.000 Euro nun seien es 300.000,00 bis 400.000 Euro.

Herr Rühl teilt mit, dass er sich heute einiges vorgenommen habe, sich das aber nun sparen könne. So käme natürlich auch Herr Graue heute „schlank vom Haken“, da durch die Beschlussvorlage der SPD, CDU und der Grünen das Ergebnis vorweggenommen wurde. Die anderen Fraktionen seien nicht einmal gefragt worden.

Ein offener Punkt bleibe unberücksichtigt, die Frage, was wäre, wenn die Brücke in privater Hand übergeben werden würde. Dann wäre das Amt für Straßen und Verkehr raus und die Betreiber müssten den Sicherheitsnachweis führen. Das wäre ein gangbarer Weg. Wenn man sieht, was für die Wegeverbindung an Kosten entstehe, dann wäre die Variante immer noch günstiger als eine Wegeherstellung. Man könne doch einen Bürgerverein gründen. Man könne das an einen privaten Träger übergeben, das Grambker Seebad oder einen Bürgerverein.

Herr Boehlke antwortet, dass entweder jemand die Verkehrssicherheit der bestehenden Brücke übernimmt und dann eine Pontonbrücke errichtet. Es bliebe aber dennoch bei der großen Zeitspanne zur Realisierung.

Herr Rühl antwortet, dass Herr Boehlke über was rede, wovon er nichts verstehe. In dem Moment, wo ein privater Träger das übernehme, habe die Stadt nicht mehr mit zu planen. Es wäre keine öffentliche Überwegung mehr und würde der Öffentlichkeit zur Nutzung auf eigene Gefahr zur Verfügung gestellt werden. Das wäre der Königsweg zur Lösung.

Da aber ohnehin schon ein vorgefertigter ein Beschluss vorläge, der jedes weitere Nachdenken über Alternativen unterbinde, was eigentlich ein Skandal sei, bräuchte man nicht weiterreden. Er findet, bei dem, was hier aufgeführt werde, habe man sich alles sparen können. Er fragt sich, was das soll, es hätte die Zusage von der Senatorin gegeben, dass eine neue Brücke käme, was nun nicht der Fall sei, dass sei Fakt.

Herr Boehlke erwidert, dass es auch Fakt sei, dass nach demokratischen Gepflogenheiten auch einzelne Anträge als Tischvorlage kein Skandal seien. Das wurde auch in der Vergangenheit immer praktiziert. Wenn sich drei Parteien im Vorfeld ein Meinungsbild gemacht haben und einen Antrag einreichen, sei das völlig legitim. Es können sich auch andere Fraktionen zusammentun, um einen Antrag für eine Brücke einzureichen. Wenn sie das nicht tun, könne er das nicht ändern.

Das als Skandal zu deklarieren, da fehle es Herrn Rühl an Demokratieverständnis.

Herr Rühl erwidert, das wäre eher bei Herrn Boehlke so und man müsse sich nicht wundern, dass die Demokratieverdrossenheit bei den Bürgern wächst. Das könne man gerne weiter diskutieren.

Herr Hornhues möchte hier noch mal für alle klarstellen, dass seit der Sperrung der Brücke der Beirat und die Bevölkerung diskutieren, welche Lösung es geben könne. Natürlich gab es große Hoffnungen, die in eine Aussage einer Senatorin gesetzt wurden, die dann durch viele Sachen wieder eingeholt wurde. Was sei denn das Ziel des Beirates? Eine Verbindung zum Schwimmbad wieder hinzubekommen. Herr Tegtmeier habe viel Zeit investiert. Die Pontonbrücke wurde mit 160.000 Euro deklariert, dazu kämen aber viele zusätzliche Kosten, die nicht Bestandteil des Angebotes seien. Neben den Kosten für eine Pontonlösung oder Wegeverbindung gebe es aber auch den Faktor Zeit. Da redet man von Jahren. Die Wegeverbindung biete eine schnelle Lösung und das möchte man heute zur Abstimmung bringen. Er verwehrt sich gegen jegliche Anschuldigungen.

Herr Friesen teilt zwei Punkte mit: Das Grambker Seebad solle erhalten bleiben und er setze voraus, das dort auch Schwimmunterricht erteilt wird.

Herr Heereman möchte nun nicht alles übers Knie brechen. Er möchte die ungeklärten Themen wie die offene Wasserflanke erst beantwortet haben. Vorher könne er nicht zustimmen.

Herr Tegtmeier stellt fest, dass man gänzlich von der Holzbrücke abgekommen sei, obwohl man die bestehende Brücke noch hätte stabilisieren können. Ein Sachverständiger sei da aber zu einem anderen Urteil gekommen. Man könne die Pontonbrücke doch auch anbinden an die bestehende Brücke oder am Badesteg befestigen. Dieser rage bis auf fünf Meter ans öffentliche Ufer, warum nicht den Steg breiter machen und verlängern, durch einen Zaun teilen. Eine Hälfte könne man als privaten Weg frei geben und die andere Hälfte für den Badebetrieb nutzen.

Wenn man den Grambker Seebad 220.000 Euro geben würde, dann wäre es bis zur Eröffnung des Badebetriebes alles fertig.

Herr Graue teilt mit, dass die Pontonbrücke nicht im See befestigt werden müsse. Da sehe er keinen Vorteil. Wenn man den Steg verbreitern und verlängern würde, dann ändere das nichts an der Tatsache, dass die Anforderungen die gleichen wären, wie an einer neuen Brücke. Grundsätzlich wäre das nur eine andere Konstruktionsart mit gleichen Anforderungen. Die öffentliche Verwaltung könne auch nicht einfach etwas „zusammen zimmern“ in der Hoffnung, dass es schon halten würde.

Frau Wolter schlägt vor, die Wegeverbindung mit Rücksicht auf die Belange des Grambker Seebades zu errichten. Dann könne man in Ruhe sehen, was in Zukunft möglich ist, um doch noch eine Brücke zu errichten.

Herr Tegtmeier kann mit Frau Wolters Äußerungen nichts anfangen. Er hätte gerne einen Termin bei Herrn Graue zur Klärung der Sachlage.

Herr A aus dem Publikum sagt, er habe mit dem europäischen Marktführer von Pontonbrücken kommuniziert, diese wären alle amtlich zugelassen. Man solle das nochmals ordentlich prüfen.

Herr Bürger versichert, dass die Arbeiten für die Wegeverbindung nicht in die Badesaison fallen. Zeitlich müsse man berücksichtigen, dass es Brut- und Setzzeiten gibt.

Herr Boehlke stellt fest, dass der Antrag auf Aussetzung der Beschlussfassung der weitest gehende Antrag ist und lässt darüber zuerst abstimmen.

Die Aussetzung der Beschlussfassung wird mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Boehlke lässt über den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und den Grünen abstimmen.

Beschluss: (11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Der Beirat Burglesum bedauert es sehr, dass die abgängige Brücke über den Grambker See in absehbarer Zeit nicht ersetzt werden kann. Sie begrüßen, dass mit dem Weg entlang des Ufers eine umsetzbare Alternativlösung gefunden wurde und fordern, dass mit der Umsetzung unverzüglich begonnen wird, damit diese Wegverbindung bereits zu Beginn der Badesaison 2023 wenigstens in behelfsmäßiger Form nutzbar ist.

TOP 5: Vorstellung des Projektes „Campus Friedehorst“

Herr Boehlke begrüßt Frau Bettina Wegner und Herrn Manfred Meyer (Stiftung Friedehorst) sowie Christoph Theiling (p+t planung).

Herr Boehlke teilt mit, dass sich viele sicherlich noch an die Vorstellung der Umgestaltung des früheren Hubschrauber-Landplatzes, hin zu einem offenen Spielplatz für die Kinder im Stadtteil erinnern.

An dieser Idee möchte die Stiftung Friedehorst anknüpfen und sich in den nächsten Jahren weiter dem Stadtteil öffnen. Was das konkret bedeutet und welche Potenziale dabei auch für den Stadtteil entstehen können, möchte man heute vorstellen.

Herr Meyer und Herr Theiling präsentieren die Pläne der Stiftung Friedehorst.

Die Stiftung Friedehorst plane diverse Änderungen:

In einem Zeitraum von zehn Jahren soll ein Inklusionsquartier entstehen und sich weiter dem Stadtteil öffnen. Einige Gebäude sollen anderweitig genutzt werden, freie Flächen in Erbpacht an Baugemeinschaften vergeben werden. Einige Einrichtungen der Stiftung sollen in Stadtteile umziehen, die näher an die jeweiligen Nutzer:innen liegen.

Das Berufsförderungswerk wird das Friedehorstgelände verlassen und nach Bremen-Mitte umgesiedelt. Dadurch erhoffe man sich eine bessere Auslastung, denn viele der Nutzer*innen können die Innenstadt besser erreichen, da sie aus dem Umland kommen. Es wird erwogen, das Gebäude dann abzureißen und die Fläche neu zu bebauen.

Die Stiftung plane, dass einige Einrichtungen das Gelände verlassen. Familien oder Wohngemeinschaften könnten neu auf das Gelände ziehen, während Senioren eher Angebote in direkter Nachbarschaft benötigen, da sie lieber in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

Zurzeit leerstehende Gebäude könnten durch eine Zwischennutzung belebt werden. Es werden zurzeit mit dem Sozialressort Gespräche geführt. Eventuell könnten Geflüchtete untergebracht werden.

Die bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist ebenso angedacht.

Freie Flächen sollen in erster Linie im sogenannten Erbbaurecht vergeben werden. Es wurden bereits Ideen entwickelt, wie die Ansiedlung von Gastronomie, Café, Kulturangebote.

Die Stiftung Friedehorst möchte verschiedene Nutzungskonzepte entwickeln und den Sanierungsstau beseitigen. Auch die Gewinnung von neuen Mitarbeiter*innen sei ein Ziel.

Herr Heereman gibt zu bedenken, dass hier für die Bewohner*innen und Nutzer*innen des Geländes zurzeit die Möglichkeit bestehe, auf dem Gelände frei zu leben, ohne direkt Schaden zu nehmen. Durch eine zu große Öffnung des Geländes befürchte er, dass sich die Menschen schwer damit tun werden. Zurzeit sei die Situation so, dass ein quasi autofreies Quartier von der Bevölkerung genutzt werde. Auch habe er Bedenken, bei einer Verdichtung auf dem Gelände, dass der Parkcharakter nicht erhalten bleibt.

Herr Heide fragt, ob in der Pastor-Diehl-Straße eine neue Wegeverbindung angedacht sei, da so eine Entlastung der Rotdornallee erfolgen könne. Er fragt außerdem, ob bedacht wurde, da das Gelände in Bremen und Niedersachsen liegt, wie die Rettungsdienste sich zurechtfinden.

Frau Wolter regt an, eine Busverbindung zukünftig in das Quartier reinfahren zu lassen, zur besseren Anbindung. In der Nähe entstehe der Campus Lesum, sie sehe diese Entwicklung als sehr spannend an. Sie regt zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes die Durchführung eines Wettbewerbs an.

Herr Hornhues bemerkt, dass es nun ein nächster Schritt auf einen langen Weg für die Stiftung sei. Er hoffe, das bei den Partnern, mit denen geplant werde, die Stimmung weiterhin gut bleibt. Er möchte wissen, ob bereits grob überschlagen wurde, ob die Arbeitsplätze mehr oder weniger werden.

Frau Schnaubelt sieht viele Vorteile die entstehen können, aber gibt auch Herrn Heereman recht, dass die verkehrliche Anbindung eine Herausforderung wird. In letzter Zeit habe es schon Probleme mit der Anbindung vom Friedehorstgelände gegeben. Vielleicht wäre eine Fahrradstraße möglich.

Herr Meyer schildert, dass gerade Menschen mit Beeinträchtigung und ältere Menschen in einem Workshop für eine Öffnung des Geländes gewesen seien. Er gibt zu bedenken, dass Friedehorst als Gelände auch jetzt nicht autofrei sei. Deshalb wären der öffentliche Nahverkehr und Alternativen für eine gute Anbindung wichtig, damit es ein angenehmes Quartier werde. Der Baumbestand soll erhalten werden für den Parkcharakter. Der Einsatz von Rettungsdiensten wurde natürlich bedacht, auch zukünftig werde man das im Blick behalten und idealerweise verbessern.

Herr Theiling stimmt zu, dass der Verkehr ein wichtiges Thema sei, auch Wegeverbindungen, Lieferverkehre, Rettungswagen. Das werde untersucht, es werde ein Verkehrskonzept erstellt werden. Ansonsten glaube er, dass Friedehorst eine Oase sei, es werde nicht darüber nachgedacht, Bäume zu fällen, um neu zu bauen.

Frau Wegner wollte die Anregung von Frau Wolter aufgreifen, dass der entstehende Campus mitzudenken sei. Die Demenzeinrichtung auf dem Gelände sei ziemlich in die Jahre gekommen, daher gebe es Überlegungen, diese neu zu errichten, aber nicht auf dem Gelände von Friedehorst. Man möchte die Menschen möglichst lange in ihren Quartieren wohnen lassen mit ambulanten Angeboten etc.

Herr Meyer antwortet, dass Friedehorst zurzeit 1300 Arbeitsplätze habe. Wenn das Haus Promente seinen Standort wechsele, bleiben die Arbeitsplätze erhalten, nur an einem anderen Standort. Es werde auch mit dem Umzug des Berufsförderungswerkes Veränderungen geben. Es werden 100 Mitarbeitende in Zukunft in der Innenstadt arbeiten. Es gibt aber nicht so großen Veränderungen.

Herr Heereman fragt zur Unterbringung von Geflüchteten, wann wie viele Personen welcher Herkunft zurzeit auf dem Gelände wohnen.

Frau Wegner antwortet, dass im April 2020 Haus 18 der Sozialbehörde angeboten worden

sei. Die Gespräche ziehen sich, es gebe viel Stillstand in den Behörden, nächste Woche werde es Klarheit geben, ob es was wird oder nicht. Es werde von Seiten der Stadt keine Verbindlichkeit geben, welche Herkunft und welches Alter Bewohner*innen haben. Daher habe man mit der Stadt vereinbart, dass keine unbegleiteten Minderjährigen untergebracht werden sollen, da es sich nicht mit den zurzeit untergebrachten intensiv betreuten Personen verträgt.

Herr Heereman teilt mit, man habe massiv die Erfahrung gemacht, dass die Sozialbehörde sich nicht an die Abmachungen halte und möchte daher klar davor warnen, dass die Stadt sagen wird, sie könne mit dem Gebäude machen was sie wolle. Die FDP werde daher alles daransetzen, dass keine Geflüchteten untergebracht werden, weil es ein Krankenhausgelände sei.

Herr Boehlke erklärt, dass Herr Heereman hier etwas verwechsle, die zitierte Aussage der Sozialbehörde bezog sich auf ein Gebäude der Stadtgemeinde und nicht auf einen Vertrag mit einer Einrichtung.

Frau Wagner ist erschrocken über die Äußerung von Herrn Heereman, dass die FDP sich dafür einsetzen will, zu bestimmen, was auf dem privaten Gelände der Stiftung geschehe und vorschreiben wolle, mit wem sie dort Mietverträge schließe. Die Stiftung sehe es als diakonische Einrichtung als ihre Aufgabe an, Menschen eine gute Betreuung zu bieten. Es heiße „Menschen mit Menschen“ und dazu gehören auch Menschen, die aufgrund Flucht Hilfe in Deutschland suchen. Das sei die Haltung der Stiftung Friedehorst.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

16.03.2023: Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord

TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers

Keine

TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Herr Rühl erinnert daran, dass für die Bewohner*innen am Mühlenacker immer noch keine richtige Abschirmung für die Lichteinstrahlung durch die Gebäude des ehemaligen Übergangwohnheimes errichtet wurde.

Ende der Sitzung 21:50 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Tietjen
Protokoll